

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4211

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4211



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 16. Dezember 2022

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Brisante Twitter-Files

Warum sie Elon Musk plötzlich hassen

von Hermann Lej, Kantonsrat, Frauenfeld

Elon Musk war bis vor kurzem ein gefeierter Star. Wir sagen Ihnen, weshalb nun sogar die Swisscom versucht, ihm zu schaden. Und was die EU plant.

Kurz vor den US-Präsidentenwahlen 2020 sickert durch, dass jemand Hunter Bidens Laptop durchsucht hat. Dokumente sollen zeigen, dass der Sohn des jetzigen US-amerikanischen Präsidenten nicht nur ein porno- und prostituiertensüchtiger Kokainkonsument ist – sondern dass die Bidens korrupt sind.

Twitter zensuriert massiv

Für Trump wäre das ein gefundenes Fressen. Doch die sozialen Medien unterbinden die Verbreitung der Hunter Biden-Story.

Twitter nimmt massiv Einfluss: Das Konto der «New York Post» wird gesperrt, deren Bericht kann nicht geteilt werden; sogar der Versand der Story an Freunde wird radikal unterbunden. Unter diesem Luftentzug erstickt die Geschichte. Der linke Kandidat Biden wird US-Präsident. Musk hat nach seinem Kauf von Twitter diese Machenschaften offengelegt.

«Sichtbarkeitsfilterung»

Seine Enthüllungen zeigen, dass Twitter routinemässig und im Geheimen Meinungen manipuliert hat: Es betraf prominente aber auch ganz normale nichtlinke Nutzer mit den «falschen» politischen Ansichten. Diese kamen unbemerkt auf eine schwarze Liste.

Wer als «nicht verstärken» etikettiert wurde, wurde Opfer des «Shadow Banning». Und wer sich kritisch zur Masseneinwanderung, zur Frühsexualisierung oder zum Klimawahn äusserte, wurde mittels «Sichtbarkeitsfilterung» isoliert.

Twitter leugnet und lügt

Twitter hatte das stets bestritten: «Wir machen keinen shadow ban (...) aufgrund von politischen Ansichten oder Ideologien», wurde beteuert.

Das Gegenteil war wahr: Verschiedene weitere Filter sorgten dafür, dass im Twitter-Kosmos der Eindruck entstehen sollte, konservative Meinungen seien irrelevant, uninteressant und unbeliebt. So verhinderte die «Trends Blacklist», dass Tweets einer Person in der Twitter-Trendliste aufscheinen. Und die «Search Blacklist» bewirkte, dass Botschaften mit Suchmaschinen nicht auffindbar waren.

Verschwörungspraxis

Also nicht einmal dann, wenn man gezielt nach missliebigen Personen suchte, die abweichende Meinungen hatten, fand man sie. Und wer mit «Do Not Amplify» versehen war, dessen Tweets wurden so raffiniert zensiert, dass es niemandem auffallen konnte, dass Twitter die Verbreitung verhinderte.

Eine weitere Verschwörungstheorie entpuppte sich als Verschwörungspraxis, die Musk beenden will.

Musk mistet aus

Der Tesla-Chef und Twitter-Besitzer Elon Musk will also ausmisten und die Kurznachrichten-Plattform zu einem Bollwerk der freien Rede machen.

Sofort geriet Musk unter Druck: Die EU drohte Twitter mit Sperren und Bussen, sollte die Plattform keine Massnahmen treffen, «um die Verbreitung von Falschmeldungen und Desinformation zu unterbinden». Will Musk nicht einlenken und das bisherige Zensurregime wieder einführen, würden zuerst Strafzahlungen fällig. Schliesslich würde die Plattform in Europa gar ganz abgeschaltet.

Meinungsfreiheits-Widerstand brechen

Wie heute üblich, wird auch wirtschaftlicher Druck ausgeübt. Grosse Firmen werden aufgefordert, nicht mehr auf Twitter Werbung zu schalten, um so Musks Meinungsfreiheits-Widerstand zu brechen.

Mindestens die Hälfte der Top-100-Werbekunden sind bereits abgesprungen. In der Schweiz springen die staatlichen Akteure Swisscom und Schweiz Tourismus auf diesen antidemokratischen Zug auf. Schweiz Tourismus begründete das wie folgt: «Die neue Redefreiheit-Maxime auf Twitter gefährdet die Markensicherheit.»

Diese Schlacht muss er gewinnen

Die etablierte Presse zeigt natürlich auch kein Interesse daran, Musk in seinem Kampf für die Redefreiheit zu unterstützen. Zu lange hat man selber von künstlich gepushter Reichweite profitiert, konnte sich in seiner eigenen Zensur-Blase wohlfühlen und kräftig verdienen. Das zeigt um so mehr, dass Elon Musks Kampf um die Meinungsfreiheit wichtig ist.

Diese Schlacht muss er gewinnen.

Hermann Lei